

Verlagspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3000 RM. monatlich. Postbezugspreis 3000 RM. ohne Postlohn. Einzelnummer 120 RM. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Donnerstag, den 19. April 1923.

Neueste Nachrichten.

Die öffentliche Meinung steht gegenwärtig noch unter dem Eindruck der Reden Poincaré's in Dünkirchen, Dr. v. Rosenbergs im Deutschen Reichstag und der Aussprache der Reichstagsparteien. Während die französische Presse sich gegenüber Rosenbergs Ausführungen vollständig ablehnend verhält, erachtet man in England in den Erklärungen Poincaré's und Rosenbergs die Möglichkeit einer Annäherung. Beachtet wird in englischen Kreisen besonders die Rede des Führers der Volkspartei, Dr. Stresemann, hinter der man die Auffassung der deutschen Wirtschaftskreise vermutet, und die man als eine technische Ergänzung der Erklärungen des deutschen Außenministers betrachtet im Sinne einer möglichst weitgehenden Erfüllungsbereitschaft.

Wie sich England die Regelung der Reparationsfrage denkt, geht aus der Erklärung des Schatzkanzlers hervor, wonach Deutschland eine größtmögliche Summe zu bezahlen habe.

Gestern ist plötzlich der von vielen sehnlichst gewünschte, von den meisten aber befürchtete Marktsturz eingetreten. Ob es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt, wird sich bald zeigen müssen. Jedenfalls würde eine neue starke Marktentwertung nicht nur ernste wirtschaftliche und soziale Folgen haben, sondern zweifellos auch unabsehbare politische Auswirkungen zeitigen, die wir im gegenwärtigen Existenzkampf unter allen Umständen verhindern sollten.

Schluß der Aussprache im Reichstag über die äußere Lage.

Berlin, 18. April. Der Reichstag nahm heute die Novelle zum Betriebsratsgesetz, wonach die Entschädigung bei Entlassung der Geldentwertung angepaßt werden soll, in allen drei Lesungen an und setzte darauf die Beratung des Etats des Außenministeriums fort. Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) sieht in der Rede des Außenministers kein formelles Angebot und verlangt weitere Klarstellung. Er gibt seiner Freude Ausdruck, daß sich alle Parteien des Hauses einig seien, den passiven Widerstand fortzusetzen und von der Idee eines aktiven Widerstands abgekommen sind. Seine Partei wolle die Einheitsfront nicht zerstören und die jetzige Regierung nicht stürzen, denn sie halte die Voraussetzungen für eine Arbeiterregierung mit oder ohne Kommunisten noch nicht für gegeben. Der Redner erwähnte auch den jüngst veröffentlichten Reparationsplan Barthou-De-lacroix, der nach Abzug des englischen Anteils 35-36 Goldmilliarden von Deutschland verlangt. Er sage nicht, daß dieser Plan annehmbar sei, aber er könne als Grundlage benutzt werden. Einzuwenden gegen ihn sei, daß in dem Gesamtbeitrag nicht die Belastungskosten eingeschlossen sind und daß er eine progressive Räumung vorsehe. Der Redner schloß mit der Aufforderung an die Regierung, gegen den kapitalistischen Mißbrauch der Marktstabilisierung und der Ruhrhilfe energisch vorzugehen und hält im übrigen eine Reparation ohne Erlassung der Sachwerte für unmöglich. — Abg. Dr. Lauscher (Ztr.) dankte dem Papst für seine warme Anteilnahme an dem Schicksal der Ruhrbevölkerung und stellte als Rheinländer fest, daß das Wort von der Neutralisierung dort starkem Mißtrauen begegne. Bezüglich eines event. Angebots habe die Regierung die Pflicht, im Rahmen des Erreichbaren zu bleiben. — Staatssekretär Freiherr von Malitzahn gab alsdann eine Erklärung bezüglich der Ausweisung des Reichskommissariats aus den besetzten Gebieten ab, in der festgestellt wird, daß das Kommissariat schon von Anfang an von den französischen Anexionspolitikern und dem kleinen Häuflein der rheinischen Separatisten als unliebsames Hindernis empfunden wurde. Bezüglich der Frage der Verwendung französischer und belgischer Offiziere bei den interalliierten Militärkontrollen erklärte der Staatssekretär, daß die Regierung das Gefühl, aus dem heraus die Interpellation entstanden sei, würdige, doch solle man der Regierung das Vertrauen schenken, daß sie bemüht sei, die Pflichten eines unterschriebenen Vertrags mit den Pflichten gegenüber dem gequälten eigenen Volke zu vereinbaren. — Abg. Dr. Helfferich (D.N.) erklärte, Deutschland leide unter dem Fluch der Waffenlosigkeit, die sich als stärkste Provokation der Franzosen erwiesen habe. Diese hätten geglaubt, mit Gewalt bei Deutschland alles zu erreichen. Der Widerstand im Ruhrgebiet habe darum Frankreich und die Welt überrascht. Das sei ein großes Aktuum. Das ganze deutsche Volk sei endlich darin einig, daß der passive Widerstand fortgesetzt werden müsse. Von der Reichsbank erwartet der Redner, daß sie mit ihrem Gold der neuen Dollarsteigerung entgegentritt.

Der Redner erklärte ferner, daß von maßgebenden ausländischen Politikern zugegeben werde, daß der Versailler Vertrag unter Bruch der feierlichen Zusagen Wilsons an Deutschland abgeschlossen worden sei. Er sei deshalb der Ansicht, daß wir einen Anspruch auf Genugtuung und Wiedergutmachung hätten. Poincaré habe die 15jährige Besetzung des Rheinlands nur durch die Unterzeichnung der Bedingung erreicht, daß die Besatzungskosten jährlich nicht 240 Millionen Goldmark übersteigen. Deutschland habe sich die Verletzung der Bedingung bisher gefallen lassen. Eine Verständigung mit Frankreich könne darum nur erfolgen, wenn im Ruhrgebiet der status quo wieder hergestellt und die vorgenannte Bedingung durchgeführt werde. Ein Angebot im Sinne der Sozialdemokraten würde draußen den Eindruck der Schwäche erwecken. — Abg. Ledebour (Unabh.) polemisierte gegen Dr. Helfferich und verlangte von den proletarischen Parteien größere revolutionäre Aktivität. — Abg. Moldenhauer (D. Bpt.) betonte, daß ein direktes Angebot an Frankreich jetzt verhängnisvoll wäre. Der Völkerverbund habe Frankreich gegenüber noch nie einen eigenen Willen bekundet. — Abgeordneter Frölich (Komm.) warf dem Minister Zweideutigkeit vor und erklärte ferner, daß ein Bloß von Breitscheid bis Stresemann die Reparationsfrage nicht lösen könne. — Darauf wurde das Gehalt des Ministers und die übrigen Teile des Etats gegen die Stimmen der äußersten Linken bewilligt.

Englische Stimmen zur Lage.

London, 18. April. Mehrere Blätter kommen heute auf die Reichstagsrede Rosenbergs zurück, die der „Daily Telegraph“ nachträglich in einem langen Auszug veröffentlicht. Die „Times“ besaßen sich in einem Leitartikel mit den Reden Poincarés und Rosenbergs gemeinsam und schreiben, es würde schwierig sein, in beiden Reden eine Ermutigung für irgendwelche rosigen Hoffnungen zu finden. Zu der Erklärung Poincarés, die britische Meinung in Bezug auf das Ruhrgebiet ändere sich und werde günstiger für Frankreich, stellen die „Times“ fest, daß im Gegenteil die tiefe Besorgnis in Großbritannien durch den französischen Vormarsch ins Ruhrgebiet und infolge der Zwischenfälle und der bisher gezeigten Ergebnisse noch zugenommen hat. Man hätte gewünscht, daß die Aeußerungen der Staatsmänner Frankreichs und Deutschlands eine klare Andeutung über die Möglichkeit von Verhandlungen enthalten hätten, die den Kriegszustand zu mildern geeignet wären, der immer schwerer auf dem Ruhrgebiet laste und die Wiederherstellung Europas verhindere. Rosenbergs Rede stelle keinen wirklichen Fortschritt gegenüber den früheren Aeußerungen der deutschen Regierung dar. Vielleicht sei eine geringe Ermutigung in der Tatsache zu erblicken, daß Poincaré und Rosenbergs es für notwendig gehalten hätten, ihr gegenwärtigen Augenblick überhaupt etwas zu sagen. Es seien Angelegenheiten für ein wachsendes Unbehagen in der öffentlichen Meinung beider Länder vorhanden und dafür, daß beide Teile der ganzen unglücklichen Angelegenheit herzlich überdrüssig würden. Aber weder Poincaré noch Rosenbergs hätten die Gelegenheit wahrgenommen, um einen wirksamen Beitrag zur Debatte beizusteuern. Es sei jedoch in beiden Reden eine geringe Richtungsänderung wahrnehmbar. Es könne sein, daß diese sehr entfernte und indirekte Art der Erörterung allmählich unter dem Druck der unruhigen öffentlichen Meinung zu etwas gemacht werde, was endgültigen Verhandlungen näherkomme. — Die „Daily News“ schreibt, das Angebot Rosenbergs sei wenigstens eine Sondierung für eine praktische Erörterung.

London, 18. April. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ führt des weiteren aus, die Eindrücke, die Rosenbergs Rede in britischen Kreisen hervorruft, seien nicht optimistischer als die ersten. Das Angebot von 30 Milliarden Goldmark werde praktisch angesichts der augenblicklichen Stimmung Frankreichs und Belgiens für ungenügend gehalten. — Die „Westminster Gazette“ schreibt dagegen, so versuchsweise Rosenbergs auch die Summe von 30 Milliarden Goldmark erwähnt habe, so müsse dieser Schritt doch als ein deutlicher Fortschritt in der Richtung der Reparationsregelung gewertet werden. Es wäre aber besser gewesen, wenn er sein Angebot mit weniger Reserve gemacht und einen Plan dargelegt hätte, der den bekannten Forderungen Frankreichs mehr entgegengekommen wäre. Es bedeute jedoch einen Fortschritt, daß er in seiner Erklärung eine Summe, die, wie man wisse, in naher Beziehung zu dem Betrag stehe, den man vernünftiger-

weise von Deutschland erwarten könne, genannt habe. Die deutsche Regierung könne nicht verschlen, das Prestige in den Augen der Welt zu gewinnen, wenn sie auf diesem Wege vorwärtsstreite, und die Angebote weiter ausarbeite. Es sei auch wichtig, daß der deutsche Außenminister die Ansichten der deutschen Regierung über die Pläne bekannt gegeben habe, die in verschiedenen Ländern mit Bezug auf die Zukunft des Rheinlands erörtert werden. Gewisse unverantwortliche Leute neigten dazu, eine vollständig verkehrte Auffassung über die Meinung Englands in dieser Frage zu hegen. Es unterliege keinerlei Zweifel, daß keine Partei es wage, die Unterstützung Großbritanniens für einen Plan zu versprechen, der eine neue Irredenta am Rhein schaffen würde. Wenn Deutschland dem Plan für die Uebertragung administrativer Rechte verwerfe, so würde es für England oder ein anderes Land höchste Torheit sein, ihn anzunehmen. Ihn auf den Völkerverbund abzuladen, würde den vollständigen Verrat an dem einzigen hoffnungsvollen Element in der politischen Welt bedeuten. Außerdem könne man nur erklären, daß Deutschland vollkommen im Recht sei, wenn es sich der Abtrennung seines Gebiets widersetze, der dem deutschen Volk müsse gestattet sein, über sein eigenes politisches Schicksal zu entscheiden. Das deutsche Volk selbst zwingt seiner Regierung die Notwendigkeit auf, eine Politik zu treiben, die der augenblicklichen Lage im Ruhrgebiet Rechnung trage. Dieser Abnutzungskrieg könne nicht unbeschränkt fortbauern, ohne Frankreich, ebenso wie Deutschland selbst, Unheil zu bringen. Jedermann müsse erkennen, daß eine gemäßigte Stellungnahme bessere Aussichten für die Zukunft habe als ein später ehrgeiziger Sieg. Die von Rosenbergs genannte Summe komme der Loucheur zugeschriebenen Summe nahe genug, um Verhandlungen zu ermöglichen. Es sei wahrscheinlich nicht die letzte Veranschlagung und unter gewissen Bedingungen könne möglicherweise Deutschland den Betrag erhöhen. Es dürfe außerdem nicht vergessen werden, daß das Kennen einer Summe, selbst wenn sie annehmbar sei, nicht die Lösung der ganzen Frage bedeute. Es könne nicht erwartet werden, daß sich Frankreich mit den Vorschlägen allein zufrieden gebe. Der deutsche Außenminister habe einfach einen guten Anfang gemacht, und es sei zu hoffen, daß er wieder sprechen werde und zwar in konkreteren Ausdrücken. Wenn er dies tue, werde er nicht tauben Ohren predigen.

Der englische Schatzkanzler für größtmögliche Auspreßung Deutschlands.

London, 19. April. Im Unterhaus fragte gestern das konservative Parlamentsmitglied Howard Bury den Premierminister, ob er angesichts der äußerst unbefriedigenden Lage Englands mit Rücksicht auf die interalliierten Schulden bereit sein würde, die daran interessierten Nationen zu einer Konferenz einzuladen, um diese Fragen endgültig zu regeln und Vorkehrungen zu treffen für eine Fundierung dieser Schulden. Weiter fragte er, ob dem Premierminister bekannt sei, daß es unmöglich sei, den deutschen Reparationsbetrag festzusetzen, bevor die alliierten Länder bezüglich der Schuldenbeträge, die sie zu zahlen haben würden, ein Uebereinkommen getroffen hätten. — Schatzkanzler Baldwin erwiderte, er glaube nicht, daß im Augenblick irgend etwas gewonnen würde durch eine Konferenz über die alliierten Schulden. Die Antwort auf den zweiten Teil der Frage lautete verneinend. Der Reparationsbetrag, der von Deutschland gezahlt werde, sei die größtmögliche Zahlung, die es leisten könne und diese hänge nicht von den interalliierten Schulden ab. — In Erwiderung einer Anfrage des Arbeitermitglieds Landsbury erklärte Mac Neill, eine Kündigung des Handelsabkommens mit Rußland werde vom Kabinett nicht erwogen.

Die üblichen englischen Sprüche.

London, 19. April. Auf der gestrigen 63. Jahresversammlung des Verbandes britischer Handelskammern trat der Vorsitzende, das unionistische Parlamentsmitglied Sir Arthur Bunn, für die Entwidlung des Handels innerhalb des britischen Reiches ein. Er sagte, Europa biete ein trauriges Bild kommerzieller Unfähigkeit und militaristischer Unheilstiftung. Viele von den Anwesenden befürchteten, daß der Versailler den durch den Krieg angerichteten Ruin und die dadurch hervorgerufene Agonie nur verschärft und verlängert habe. Die neue Welt müsse das Gleichgewicht der alten Welt wieder herstellen. Die neue Welt sei aber nicht Amerika, sondern das britische Imperium.

Die englische Abordnung über die Zustände im Ruhrgebiet.

London, 19. April. Die Arbeiterabordnung, die nach dem Ruhrgebiet geschickt worden war, schildert die Lage als belagert und gefährlich, da sie die Möglichkeit eines fürchtbaren Kampfes zwischen Deutschland und Frank-

reich in sich berge. Die Abordnung dringt darauf, daß Frankreich und Deutschland ersucht werden, ihre Vorschläge über die Reparation und über die Frage der Sicherheit einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten. Großbritannien solle die Initiative durch eine klare und bestimmte Erklärung über seine Politik ergreifen.

Die französische Gewaltpolitik.

Keine Verminderung der Stärke der Einbruchstruppen.

Paris, 18. April. Kriegsminister Magnot ist gestern vormittag nach Paris zurückgekehrt. Der Hauptzweck seiner Reise war nach Havas, an Ort und Stelle die Frage der Truppenstärke zu regeln, die heute für die gesamte Ruhraktion maßgebend sei. Vom 20. Mai ab seien 20-22 000 Mann der Jahresklasse 1921 abschnittsweise zu entlassen und die Deutschen hätten aus diesem Anlaß zu verstehen gegeben, daß die Besatzungsmächte gezwungen sein würden, die Umfassung des Ruhrgebiets zu lockern und im allgemeinen ein langsames Tempo einzuschlagen. Um derartigen Auslegungen zu begegnen, hätten der französische und der belgische Kriegsminister eine Vereinbarung getroffen, die es gestatte, in den besetzten Gebieten die Truppenstärke auf der gleichen Höhe zu halten wie bisher.

Immer neue Behinderung des Verkehrs.

Paris, 18. April. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission eine Ordnung erlassen, wonach der Verkehr mit Lastwagen im besetzten Gebiet künftig nur noch gegen einen von der Kommission ausgestellten Zulassungsschein erlaubt ist. Die Zulassung wird nur Firmen gewährt, die vor dem 10. Januar 1923 bestanden haben. Anlaß zu dieser Verordnung hat nach Havas der übermäßige irreguläre Verkehr von Lastkraftwagen gegeben, der dazu bestimmt war, der französisch-belgischen Eisenbahnregie die Frachten zu entziehen und der zu starken Beschädigung der Wege geführt habe. Für Verstöße gegen die Verordnung der Kommission ist die Konfiskation der transportierten Materialien und der Wagen und deren Verkauf zugunsten der Alliierten vorgesehen.

Die Barbarei der Ausweisungen.

Ludwigshafen, 18. April. Am 17. April wurden 53 Eisenbahnarbeiter, die in einem Eisenbahnerheim in Kaiserslautern untergebracht sind, von den Franzosen aufgefördert, am 18. April vormittags 8 Uhr unter französischer Oberleitung den Dienst wieder aufzunehmen, andernfalls sie ihre Wohnung bis zum 19. April, 8 Uhr vormittags, zu räumen hätten. — Wiederholt ist es bei Ausweisungen vorgekommen, daß die Personen verwechselt wurden, sofern sie gleichen oder annähernd gleichen Namen besitzen. Auch sind Ausweisungsbefehle auf Namen ausgestellt worden, deren Inhaber sich gar nicht mehr im Eisenbahnbetrieb befinden.

Die Folgen der Ausweisung der Schutzpolizei.

Berlin, 18. April. Seit der Entfernung der Schutzpolizei aus Essen ist die Stadt ein Dorado der Spieler geworden. Nachdem die Spieltische, die auf offener Straße aufgestellt worden waren, von der Kriminalpolizei entfernt wurden, zogen sich die Spieler in die Lokale zurück. In einer Wirtshaus in der Altenborfer Straße überrannten Polizeibeamte 50 Spieler, darunter auch Falschspieler. Die Ueberrannten suchten mit Gewalt zu entkommen. Eine große Anzahl Spieler konnte festgenommen werden.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Köln, 16. April. Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Düsseldorf berichtet, verhandelte das Düsseldorf Revisionsgericht gegen den Eisenbahnbeamten Gottfried aus Ludwigshafen, der von dem französischen Kriegsgericht in Landau zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, weil er den Befehl über die Führung eines internationalen Zuges nicht weitergegeben und dadurch den Zug in eine schwere Gefahr gebracht haben sollte. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde verworfen. — Der Eisenbahnbeamte Böchner aus Ludwigshafen war vom Kriegsgericht in Landau zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden wegen angeblicher Beschädigung von Lokomotiven und Transportgefährdung. Das Revisionsgericht hat das Urteil, soweit die Strafbemessung in Frage kommt, aufgehoben und die Verweisung der Sache an ein anderes Kriegsgericht beschlossen. Verworfen wurde die vom zweiten Bürgermeister der Stadt Kettlinghausen, Justizrat Niemann, eingelegte Revision sowie die Revision des Leiters des Besatzungsamtes derselben Stadt, Gierling.

Die Besetzung der Benzwerke aufgehoben.

Mannheim, 18. April. Heute vormittag ist die Besetzung der Mannheimer Motorenwerke vom Benz von den Franzosen wieder aufgehoben worden. Am Montag war dort eine Kommission erschienen mit einem General an der Spitze, die die große Schiffschiffsmaschine in Augenschein nahm. Das Ergebnis der Besichtigung war, daß heute früh vor 7 Uhr und um halb 10 Uhr die französischen Truppen wieder abgezogen sind. Die Besetzung des Bahnhofs Weckwörstadt und des Schifferbüros wird nach wie vor aufrecht erhalten. — Die Hauptsache war natürlich die technische Spionage.

Französische Lebensmittelgeschäfte.

Essen, 18. April. In Bochum beschlagnahmten die Franzosen gestern drei Kohlenlastwagen. Auch aus Herne werden solche Beschlagnahmungen gemeldet. Die Kraftwagenführer verweigern die Annahme der französischen Passierscheine. Aus Bochum wird weiter gemeldet, daß ein neues Lebensmittelgeschäft von den Franzosen eingerichtet wurde. Damit hat auch Bochum nun zwei französische Lebensmittelverkaufsstellen. Die Lebensmittel werden um 25 Prozent billiger als in den deutschen Geschäften verkauft. Diese Verkaufsstellen werden aber nur sehr wenig in An-

spruch genommen und dann nur von armen Leuten. In Herne sind gleichfalls zwei französische Verkaufsstellen eingerichtet worden.

Schwedische Samariterfammlung für Deutschland.

Stockholm, 17. April. Die schwedische Samariterfammlung für Deutschland ergab bis jetzt 470 000 Kronen bei einer Beteiligung von 1370 Gemeinden.

Arbeitslosenausbreitung in Mülheim a. R.

Mülheim a. R., 19. April. Die Erwerbslosen von Oberhausen und Mülheim zogen gestern vormittag, geführt von Kommunisten und Syndikalisten, die eine schwarze Fahne trugen, vor das Rathaus, um über die manteltarifmäßigen Löhne für Notstandsarbeiter hinaus Forderungen bei der Stadtverwaltung zu stellen. Das Rathaus war, einem Stadtverordnetenbeschluss entsprechend, geschlossen worden, worauf die Demonstranten mit Gewalt einzudringen versuchten. Die bereitgestellte Polizei und beherzte städtische Beamte stellten sich den Eindringlingen entgegen und drängten sie aus dem Rathaus hinaus. Die Angriffe wiederholten sich immer wieder. Die Demonstranten rissen das Pflaster auf und warfen mit Pflastersteinen die Fenster des Rathauses ein. Schließlich mußte die Polizei von der Waffe Gebrauch machen und verletzte einige Demonstranten durch Schüsse. Da die Verwundeten zu den Franzosen in die Kaserne gebracht wurden, konnte das Gerücht, daß auch Tote zu verzeichnen sind, nicht nachgeprüft werden. Unter den Demonstranten befand sich viel leichtsinniges Gesindel. Wie es heißt, haben die Demonstranten versucht, die Besatzungstruppen zum Eingreifen zu ihren Gunsten zu veranlassen, doch haben sich die Franzosen vollständig zurückgehalten. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Berlin, 19. April. Der „Vorwärts“ meldet aus Mülheim a. R., daß bei dem Sturm der Notstandsarbeiter und der Arbeitslosen auf das Mülheimer Rathaus zwei Personen getötet worden sind.

Zur auswärtigen Lage.

Kardinal Mercier gegen Rußland.

London, 19. April. Reuter meldet aus New York: Der belgische Kardinal Mercier richtete an das hier erscheinende katholische Blatt „Columbia“ einen Brief, worin er anregt, der Völkerverbund solle einen internationalen Kreuzzug gegen Sowjetrußland veranlassen, damit die Barbarei vernichtet und die Zivilisation geschützt werde. — Nach Deutschland Rußland! Man muß sagen, der Herr Kardinal ist kein schlechter Politiker. Es wäre aber gar nicht unchristlich, wenn der Herr mit seinem Kampfe für die Zivilisation in seinem Lande beginnen würde.

Die türkische Friedensdelegation auf dem Wege nach Lausanne.

Paris, 19. April. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel ist die türkische Friedensdelegation in Stärke von 35 Personen gestern mit dem Orientexpress nach Lausanne abgereist.

Deutschland.

Bevorstehende Errichtung von Marktgerichten.

Berlin, 19. April. Gestern erschien, den Blättern zufolge, auf dem Berliner Viehmarkt das sogenannte „fliegende Marktgericht“ und stellte fest, daß schon in den frühen Morgenstunden Großhändler und Kommissionäre einen recht erheblichen Preisaufschlag verabredet hatten. Unter der Wachepolizei griff das Marktgericht ein und beschlagnahmte in einer ganzen Reihe von Fällen das Schlachtvieh. Ein Händler wurde sofort mit 50 000 Mark in Strafe genommen. In anderen Fällen wurden die Straffsummen noch gesteigert. Verhandlungen zwischen dem Reichsernährungs- und Reichsjustizministerium haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Marktgerichte jetzt in allen größeren und kleineren Städten eingeführt werden, um die seit Jahren besonders im Lebensmittelhandel eingerissenen Mißstände zu beseitigen.

Verhaftung eines der Mörder Erzbergers?

Berlin, 18. April. Nach einer Meldung des „Saalfelder Kreisblatts“ ist, einer Mitteilung der Weimarer Kriminalpolizei zufolge, der Kaufmann Schulz aus Saalfeld, der des Mordes an Erzberger beschuldigt wird, in Genua verhaftet worden. An Berliner zuständiger Stelle ist, wie die Blätter mitteilen, von der Verhaftung nichts bekannt.

Keine Einheitssteno-graphie.

Die Bestrebungen auf Herbeiführung einer einheitlichen Steno-graphie in Deutschland, die nun schon jahrelang ihren Ausdruck in entsprechenden Verhandlungen und Vorarbeiten gefunden haben, dürften illusorisch gemacht worden sein durch eine Erklärung der bayrischen Regierung, daß sie weiterhin am System Gabelberger festhalten wolle und an den Verhandlungen und Vorarbeiten zur Schaffung einer Einheitssteno-graphie nicht mehr teilnehmen könne.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 19. April 1923.

Sinnprüche:

Von Ehrhard Meßmer.

Sei sorglich stets, doch Sorge nimm.
Sorge nie zu etwas frommt.
Und sie ist auch meistens schlimmer,
Als das Unglück, wenn es kommt.

Willst du wahre Weisheit üben,
Lern' kennen die Menschen und doch — noch lieben!

Wenn ohne Groß und Bitterkeit

Dereinst am Ende deines Lebens

Du denkst an zugefügtes Leid,

Dann lebst du nicht ganz vergebens.

Wetter für Freitag und Samstag.

Ein kräftiger Hochdruck hat sich über Skandinavien herausgebildet und nördliche Winde hervorgerufen. Da außerdem in Südwestdeutschland noch Druckstörungen vorhanden sind, ist am Freitag und Samstag Fortsetzung des meist bedeckten, nachlässigen und nur vorübergehend aufsteigenden Wetters zu erwarten.

Sozialdemokratie und Ruhrbesetzung.

Stimmheim, 18. April. Auf Sonntag nachmittag 1/3 Uhr war zu einem Vortrag im „Lamm“ hier eingeladen worden. Das Thema war: Sozialdemokratie und Ruhrbesetzung. Das Referat hatte Herr Dengler aus Stuttgart übernommen. Der Redner führte etwa folgendes aus: Weil wir mit der Lieferung von Kohlen und Holz ein Weniges im Rückstand geblieben seien, habe Herr Poincaré eine „friedliche“ Ingenieurkommission nach der Ruhr geschickt, der eine militärische Wache zum Schutze beigegeben worden sei. Heute stehe eine Armee französischer Soldaten bis an die Zähne bewaffnet in Deutschland, während man von der friedlichen Ingenieurkommission nichts mehr höre. Das was die Ruhrbesetzung durchzumachen habe, das sei wahres Heldentum. Merkwürdigerweise schreien diejenigen, die bisher die Internationale geachtet hätten, gerade diese um Hilfe an. Aber es sei eitlem Wahn, auf irgend eine Hilfe zu hoffen von auswärts, denn die 600 000 Mann französischer Arbeiter, die zur Internationale gehören, haben kein Gewicht; die englischen Arbeiter seien sich selbst nicht einig, da herrsche noch ein Klassengeist zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern; die italienischen Arbeiter seien durch die von Moskau ausgehende Spaltung mit fliegenden Fahnen zu den Faschisten übergegangen, während die Russen auf absehbare Zeit nicht zu haben seien; sie hätten mit sich selbst zu tun. Zu Anfang der Ruhraktion sei etwas von dem Geist von 1914 durch Deutschland gegangen. Die Kreise, die durch die Revolution sich im Hintergrund gehalten hätten, hätten plötzlich wieder ihr Haupt erhoben. Mit nationalen Phrasen und Schwüren sei wieder manövriert worden und es seien Gerüchte verbreitet worden, nach denen in Deutschland schleunigst Kriegsmaterial hergestellt werde, um die Franzosen aus dem Lande hinauszujagen. Das sei Wasser auf die Mühle Poincaré's gewesen und Deutschland sei dadurch der allergrößte Schaden zugefügt worden. Redner beleuchtete mit Zahlen die deutschen Leistungen vor dem Ruhrereignis gegenüber dem, was Frankreich jetzt erhalte. Der Grund des französischen Vorgehens liege also tiefer. In Lausanne hätten sich die Herren erneut an den Friedenstisch gesetzt und wie es scheint, diesmal mit Erfolg. England sei vor dem Kriege wirtschaftlich und politisch der mächtigste Staat der Welt gewesen und zwar hauptsächlich wegen seiner Kohlenlieferungen an Amerika, Italien usw. Es habe große Kohlenfläze an geeigneten Häfen errichtet und so die Führung auf dem Weltmarkt an sich gerissen. Ferner habe es die überseeischen Kabel im Besitze gehabt, so daß alle Fäden des europäischen und Weltwirtschaftslebens durch englische Hände gelaufen seien. England habe aber in dieser Hinsicht schweren Schaden erlitten durch den Krieg. Anstatt der vielen Kohlen, die es allein an Amerika zur Heizung der Schiffe usw. geliefert habe, werde jetzt Del zur Heizung verwendet und durch die Zuntensstationen — wie wir ja bekanntlich auch haben — seien die Seelabel nebenfächlich geworden. Das sei eine bittere Pille für England. Es habe zwar in Südamerika ausgedehnte Oelfelder, aber diese hätten bedenklich nachgelassen, weshalb es seine Augen nach der Türkei, nach den Desquellen von Mossul gerichtet habe. Hier aber seien die imperialistisch-kapitalistischen Machthaber Englands einerseits und Amerikas und Frankreichs andererseits einander in die Haare geraten. Es sei zum Kriege gekommen und zwar, was bezeichnend sei, Griechenland habe im Sold Englands, und die Türkei unter Kemal Pascha habe für die französisch-amerikanischen Interessen gekämpft und die Leute hingeschlachtet. Mancher Zuhörer werde denken: was aber hat das alles mit der Ruhr zu tun? Sehr eng hänge das Ruhrunternehmen mit der Mossulfrage zusammen, denn wie vor und während des Krieges Deutschland sich auszudehnen bestrebt war, so habe die Parole geheißt habe: Berlin, Budapest, Bularest, Konstantinopel, so heiße die Parole der drei genannten wirtschaftspolitisch aneinandergeratenen Ententestaaten: „Mossul“. Frankreich aber habe schon vor dem Kriege für seine Eisenindustrie Ruhrkohle benötigt, ohne welche es seine Eisenindustrie nicht aufrecht erhalten könne. Andererseits habe Deutschland für seine eigene Eisenindustrie französische Minetten (Erze) ebenso nötig und so sei bisher ein Austauschhandel vor sich gegangen. Der französische Kapitalismus habe aber mit dem Rechte eines Siegers den deutschen Koks unter günstigeren Bedingungen gewollt, und daher die Gewaltmaßnahmen Poincaré's. Wie schon bemerkt, scheint in der Mossulfrage zwischen den Beteiligten eine Einigung zustande kommen zu wollen, was gute Aussichten für die Zukunft verheiße. Diese Wiederannäherung innerhalb der Entente dürfe aber seitens der Regierung nicht verpaßt werden, um Vorschläge zu machen, die dem Ruhrabenteurer ein Ende machen. Aber in dieser Hinsicht habe die Sozialdemokratie keine große Hoffnung auf Cuno und seine Minister, nachdem dieselben alle Gegner der Erfüllungspolitik gewesen seien und noch sind. Allerdings habe Dr. Cuno schon eingesehen, daß wir erfüllen müssen, denn wäre diese Politik nicht schon von Anfang an getrieben worden, so wäre ein Umschwung in der Weltmeinung zu unseren Gunsten nicht zu verzeichnen. Selbst in Frankreich gehe ein Umschwung vor sich, wie man durch zuverlässige Nachrichten erfahren habe. Die Sozialdemokratie und ihre Freunde halten an dem passiven Widerstande fest. Dies sei eine neue Phase des Kampfes und es sei tatsächlich etwas noch nie Dagewesenes, daß eine mit

Allen Mitleid der Technik ausgefallene Soldateska so machtlos dastehen, wie jetzt die Franzosen im Ruhrgebiet. Alle Lockungen und alle Gewalt hätten bei der deutschen Bevölkerung nicht verfangen. Der deutsche Arbeiter wisse sehr gut, wozum es gehe, er wisse insbesondere, daß, wenn wir an der Ruhr nicht gewinnen, es namentlich dem Bauern wie Arbeiter, dem Sozialrentner wie Beamten auf Jahre hinaus ganz schlecht gehe. In England und Frankreich hätten die Arbeiter schwere Lohnkämpfe zu führen, in Deutschland merkwürdigerweise nicht, obwohl die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters usw. auf 1/2 der Vorkriegszeit herabgesunken sei. Die Marktstabilisierung, die nur durch die Einstellung der Reparationsleistungen ermöglicht worden sei, habe wohl einen Stillstand der Löhne, nicht aber einen Preisabbau gebracht. Redner streifte auch die Steuern und sagte, daß von 108 Milliarden Mark Steuern 95 Milliarden allein durch Abzug an Arbeitslohn und Gehalt aufgebracht worden seien. Durch die fortschreitende Entwertung der Mark sei jede Steuererhebung illusorisch und dem Besitz sei es eine Kleinigkeit geworden, seine Steuer mit entwertetem Gelde zu bezahlen. Er wünsche und hoffe, daß unsere Regierung durch rechtzeitiges Eingreifen dem Volke Arbeit, Frieden und Brot bringen möge. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Landwirtschaftskammer.

(S. 17.) Stuttgart, 17. April. Direktor Ströbel gab auch bekannt, daß für die Ruhrhilfe in 33 Bezirken Württembergs insgesamt 297 Millionen Mark aufgebracht worden seien. Der Vorschlag für das Rechnungsjahr 1923 weist 550 420 000 Mark Ausgaben auf. Die Deckung erfolgt zum Teil (523 800 000 Mark) durch Erhebung der Kammerumlage. Der Umlagefuß wird auf 60 Mark für 100 Mark des erhöhten Steuerkapitals von 1922 festgesetzt, d. h. durchschnittlich auf rund 120 Mark pro Morgen. Die Ausgaben seien aber, wie Direktor Ströbel ausführte, Aufwendungen für eine glänzende rentierende Einrichtung; man habe es hier mit einer werbenden Kapitalanlage zu tun, die reiche Zinsen trage. Man sprach sich auch auf Anregung König-Heubach kurz über die Wochenblattfrage aus, wobei Präsident Adorno darauf hinwies, daß die in den letzten Tagen in verschiedenen Zeitungen des Landes erschienenen Artikel, die von den Druckkosten des Blattes und dem Verdienst der Ravensburger Druckerei handelten, Wahrheit und Dichtung enthielten, daß ihr Inhalt aber gerade in den wesentlichsten Punkten unwahr sei. Die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten ergab das Verbleiben der bisherigen Vorstandsmitglieder auf ihren Posten. Zur Frage der Getreidebewirtschaftung 1923-24 referierte Gutspächter Hermann-Hohenmüllern. Es wurde folgende Entschliessung angenommen: Die Landwirtschaftskammer gibt ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Reichstag endlich die von den landwirtschaftlichen Körperschaften schon längst geforderte Freigabe der Getreidebewirtschaftung nunmehr beschlossen hat. — Zu dieser Frage ergriff auch der Ernährungsminister Reil das Wort, der sagte, daß er „der Getreideumlage im Prinzip keine Träne nachweine“. Er hoffe, daß die Vorkriegsversorgung des deutschen Volkes auch ohne Umlage sichergestellt werden könne. Abg. Ganser und König-Haubach sprachen dann über die zwangsweise Bewirtschaftung von Milch und Milcherzeugnissen. Auch hier griff der Ernährungsminister in die Debatte ein; er verwahrte sich insbesondere gegen den Vorwurf, die Sachverständigen vor dem Erlassen der einschlägigen Verordnungen nicht gehört zu haben. Es wurden folgende Forderungen gestellt: 1. Die Verfügungen vom 29. 11. 22 und die Absätze I und II der Verfügung vom 29. 12. 22 betr. den Verkehr mit Milch und Milcherzeugnissen sind unverzüglich aufzuheben. 2. Die Verfügungen vom 9. 3. 23 betr. den Absatz von Käse sind unverzüglich aufzuheben. 3. Beim Reichsernährungsministerium ist nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß die Reichsmilchverordnung, wie vorgesehen, am 15. Mai aufgehoben und der Verkehr mit Milch und Milcherzeugnissen völlig freigegeben wird.

Staatspräsident Hieber über die Schulen.

(S. 18.) Ulm, 18. April. Bei der Jahresversammlung des Württ. Philologenvereins in Ulm hielt Staatspräsident Dr.

Laßt unsere Berichte über Gewalt und Mord an Ruhr und Rhein Euch eine Mahnung sein zum weiteren Beitrag zum Deutschen Volksoffer.

Sammelstellen in Calw: Calwer Tagblatt, Eberstraße; Kaufmann Dreiß und Kaufmann Rändle, Marktplatz; Kaufmann Serva, Eberstraße; Oberamtspflege Calw; sowie Kassenstelle der Vereinigten Dedensfabriken.

Hieber in seiner Eigenschaft als Kultminister gestern eine Ansprache, in der er zunächst auf die Not unseres Volkes an Ruhr und Rhein hinwies und weiterhin betonte, daß von dem Gebot der Sparfameit kein Gebiet des öffentlichen Dienstes so stark betroffen sei, wie das Kultdepartement. Aber unser Schicksal, unsere Zukunft hänge zuletzt von den geistigen, sittlichen und religiösen Kräften des deutschen Volkes ab. Deshalb dürfe nicht veräußert werden, um diese Kräfte zu wecken, zu erneuern, zu stärken und stets lebendig zu erhalten. Hier werde der Sparfameit eine Grenze gezogen. Unsere Schulen, unsere wissenschaftlichen Anstalten, unsere öffentlichen Einrichtungen zur Pflege von Wissenschaft und Kunst geben nur wenig Möglichkeit zur Sparfameit. Der Staatspräsident ging dann auf Berufsfragen im engeren Sinne ein. Das Reifezeugnis habe seine Bedeutung langsam, aber deutlich geändert und stelle im Bewußtsein weiter Kreise nicht mehr den Ausweis der Hochschulreife, sondern den Ausweis einer höheren Bildung überhaupt dar. Die Gesamtzahl der Abiturienten ist von 881 im Jahre 1922 auf heute 751 zurückgegangen. Davon wollen zwei Fünftel auf die Universität, nicht ganz ein Viertel auf die Technischen Hochschulen, etwas mehr als ein Drittel zu nichtakademischen Berufen. Die höheren Lehranstalten hatten am 1. Januar 1923 33 218, im Jahre 1922 35 530 Schüler. Im allgemeinen ist ein anhaltend wachsender Zubruch zu den höheren Schulen zu beobachten. Bei manchen Städten tritt das Bedürfnis nach dem Ausbau ihrer höheren Schulen zu Vorkursen stark hervor, doch kann aus finanziellen Gründen diesem Drang im allgemeinen nicht entsprochen werden. Die Schulen gymnasialen Charakters nehmen an Schülerzahl allmählich ab. Die wichtigste Aenderung in der Schulorganisation ist die Einführung der vierjährigen Grundschule. Es handelt sich dabei nicht um Pläne und Projekte, die erst durch die Revolution hervorgerufen wurden, sie sind vielmehr der Niederlegung von Gedanken, Plänen und Hoffnungen, die eine Reihe unserer ersten Schulmänner aller Schulgattungen seit Jahrzehnten gehegt haben. Die württ. Unterrichtsverwaltung jagt in diesen Fragen nicht überstürzten Projekten nach, sondern unternimmt ihre Schritte in Anknüpfung an das Bestehende und Bewährte in enger Fühlung mit den fach- und sachkundigen Vertretern der Schulverwaltung und Schulpraxis. Der Grundgedanke der Schulorganisationspläne muß sein, daß alle Differenzierung und Schugliederung von dem Ideal der deutschen Bildungseinheit getragen wird. Schule und Schulorganisation kann außerordentlich viel zur Wälderung der Klassegegenstände beitragen. Bezüglich der Ständesfragen hat sich der Kultminister die Gleichstellung der höheren Lehrer mit den anderen Akademikern, vor allem den Juristen, zum Ziel gesetzt. In der Reform der Lehrerbildung bei den Volksschullehrern wird auch eine solche bei den höheren Lehrern Hand in Hand zu gehen haben. Der Zugang zum höheren Lehramt scheint in eine geregelte Bahn gekommen zu sein und eine so erhebliche Ueberfüllung wie in anderen Ländern muß bei uns nicht befürchtet werden. Der Staatspräsident bezog seine Rede auf den Schluß als eine der wichtigsten Aufgaben gerade auch der höheren Schulen die Erziehung unserer Jugend zu einer tätigen Staatsgesinnung und zu lebendiger Volksgemeinschaft. „Nur durch Pflichttreue und Arbeit, durch Ordnung und Zucht geht der schwere Weg zum Wiederaufbau des Vaterlandes.“

(S. 18.) Neuenbürg, 18. April. Von der Ministerialabteilung für die höheren Schulen ist an die Realschule Neuenbürg ein Erlass ergangen, wonach ein Schulvorstand gemäß § 4 der Verfügung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens betr.

die Dienstaufsicht über die höheren Anabenschulen ohne Oberklassen bestellt und zum Schulvorstand Studentat Dr. Klei- nert berufen wird, dem mit Wirkung vom neuen Schuljahr ab die Leitung der Schule nach Maßgabe der Dienstaufsicht zukomme. Damit ist die erste Etappe für den weiteren Ausbau der Realschule Neuenbürg erreicht.

(S. 18.) Conweiler, 18. April. In der Nacht wurde bei Friseur Richard Schönbaler eingebrochen. Gestohlen wurden verschiedene Gegenstände, darunter Seife, Parfüm, Zigarren und Zigaretten im Wert von etwa 250 000 Mark. Vom Täter fehlt jede Spur.

(S. 17.) Stuttgart, 17. April. Von 15 Staatsanwaltschaften gesucht war die Hochstaplerin, die am Gründonnerstag hier als Frau Dr. Bruns mit ihrem „Gemahl“, der sich inzwischen als ein ehemaliger Student der Medizin entpuppt hat, verhaftet worden ist. Wie jetzt in Berliner Blätter berichtet wird, trat diese „Dame“ unter den Namen Frau Dr. Kellermann, Frau Dr. Bruhn u. a. in Berlin und in vielen anderen Großstädten auf. Sie reiste stets mit ihrem angeblichen Manne, wohnte in den besten Hotels oder Fremdenheimen und rühmte sich engerer Beziehungen mit hervorragenden Künstlern, dank denen sie bedeutende Bilder verhältnismäßig billig verschaffen könne. Sie ließ sich erhebliche Anzahlungen geben und ward dann nicht mehr gesehen. Sie wurde nunmehr als eine gewisse Thea Häslar entlarvt und wird jetzt eine Rundreise antreten, um sich zunächst an 15 Stellen vor Gericht zu verantworten.

(S. 17.) Stuttgart, 17. April. Die heutige Nummer der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ wurde durch Beschluß des Amtsgerichts Stuttgart-Stadt beschlagnahmt.

(S. 18.) Stuttgart, 18. April. In rücksichtsloser Weise wurden in letzter Zeit von einer Reihe von Gräbern des Pragfriedhofs und des Heselacher Friedhofs Tafeln, Einfassungen und Verzierungen aus Metall zur Nachtzeit gestohlen. Umfangreiche Vorkerkungen der Kriminalpolizei haben in der Nacht vom Samstag auf Sonntag zur Festnahme der Täter, die jeweils von auswärts hierher reisten, geführt. Es handelt sich um den 37 J. a. verh. Klafchner Karl Ulrich von Heuberg u. a. Debring und den 37 J. a. verh. Zigarrenmacher Jakob Zettler von Heilbronn. Beide sind der Täterschaft zu den Diebstählen auf dem Pragfriedhof und dem Heselacher Friedhof überführt. Ihre Nachprüfung zu weiteren gleichartigen Verbrechen auf anderen Friedhöfen ist noch nicht abgeschlossen. Die gestohlenen Metallteile können teilweise wieder beigebracht werden.

(S. 18.) Ulm, 18. April. In der hiesigen Industrie geht die Arbeitslosigkeit ziemlich stark ein. Der Gemeinderat sah sich darum genötigt, in seiner letzten Sitzung Notstandsarbeiten zu beschließen (Straßenbauten und Kanalkationen). Auch das Baugewerbe leidet an Mangel an Aufträgen. Der Stedlungsverein hat nun ein größeres Reihenhäuser in Angriff genommen. Die Landesbaugenossenschaft für Bahnbeamte will diesen Sommer ebenfalls bauen. Das Bürgerheim und ein Landesbeamtenwohngebäude gehen der Vollendung entgegen. Die private Bautätigkeit ruht fast ganz.

Simmelshausen, 18. April. Beim Abbrechen der Scheuer des Friedrich Wagner stürzte die Giebelwand ein und begrub das im Stall befindliche Vieh unter sich. Von elf Stüd Vieh mußten sofort 5 Stüd, darunter zwei wertvolle Kühe, notgeschlachtet werden.

(S. 16.) Schuffenried, 16. April. Der Gau Oberschwaben des Württ. Stenographen-Verbandes Gabelsberger hielt hier gestern seinen Gautag ab. An dem Wettstreiten beteiligten sich über 180 Personen. Verteilt wurden 149 erste, 18 zweite und 10 dritte Preise in den Stufen von 60 bis 260 Silben. Für den nächsten Gautag ist Waldsee in Aussicht genommen. Bei einer Abendunterhaltung hielt der Geschäftsführer des Verbandes, Studentat Lutz-Stuttgart, eine Ansprache, in der er bedauerte, daß die württ. Regierung sich noch nicht dazu entschließen konnte, sich auf ein System für Unterricht und Verwaltung festzulegen.

Das Eulenhäus.

Roman von E. Marlitt.

Sie sprang plötzlich empor.

„Verzeß, Klaudine, ich möchte doch lieber heim; du weißt, es ist allerlei zu besorgen.“ Die Nige erstarrte ihr auf den Lippen; sie war jäh errötet. „Leb wohl, mein Schätzchen!“

„Leb wohl, Beate!“

„Ums Himmels willen, du bist krank, Klaudine!“ rief Beate und starrte ihre Cousine an, erst jetzt bemerkend, daß deren Antlitz völlig entfärbt war.

„Nein, o nein!“ wehrte diese. Und jetzt zog eine wahre Purpurglut über Stirn und Wangen. „Ich bin gesund, ganz gesund! Geh nur,“ drängte sie dann, „geh, ich bin völlig kräftig, ich begleite dich hinunter. — O, sicher hast du noch vieles vorzubereiten, und sage Joachim gleich, wenn du ihn triffst, daß er fortgehe, ehe die Damen anlangen; er ist so schön, weißt du, so sonderbar.“

„Er braucht sie gar nicht zu sehen! Ich habe mein Zimmer für mich,“ murmelte Beate.

„O, da kennst du Prinzessin Helene nicht!“ klang es bitter.

„So?“ fragte Beate, indem sie neben Klaudine die Treppe hinunterstiegt. „Na, da gib mir doch einige Winke über diese kleine Prinzessin, von Lothar ist kein Wort herauszubringen.“

„Beate — ich — weißt du, ich bin nicht unparteiisch genug, um gerecht zu sein. Sie mag mich nicht, glaube ich, und lehrt mir gegenüber stets die schnippsche Seite heraus. Diejenigen, denen sie wohl will, sind entzückt von ihr. Sie ist ein Sprücheweischen, anziehend, ohne gerade hübsch zu sein, voller Leben, launisch — Sie flocht. „Ja, ja,“ sagte sie dann leise, „sie ist sehr reizend, sehr — und nun leb wohl, Beate!“

„Willst du weinen?“ fragte die Cousine, „du hast so glänzende Augen!“

„Nein,“ sagte Klaudine, „ich will nicht weinen.“

„Na, dann leb wohl, Herzenskind, und denke an feste Takteten. Lothar will ein Fest geben; ich meine, du wirst dann selbst diese „sehr reizende“ Prinzessin ausstehen, und nicht wahr, du leihst mir ein wenig deinen Rat; ich bin in der Hoffnung so unerfahren wie ein kleines Kind. Leb wohl, Schatz, leb wohl!“

Klaudine eilte ins Haus zurück in ihr kleines Stübchen. Ihr war, als sei die Welt aus den Fugen gegangen seit gestern; sie wußte ja nur zu gut, warum Prinzessin Thekla ihr zweites Töchterchen nach Neuhaus brachte!

„Verloren!“ flüsterte sie, „verloren für immer! Aber — kann man denn etwas verlieren, was man nie besessen?“

Sie war nicht ärmer als bisher, und doch — seit gestern, seit diesem bunten schrecklichen Gestern hatte sich riesengroß eine Hoffnung in ihr Herz gedrängt; sie hatte wider Willen an seinen nächtlichen Kitz tausend süße trübliche Gedanken geknüpft. Hoffen und Bangen hatte sie bewegt bis zum grauen Morgen. Als sie dann nach einem kurzen Schlummer erwachte, stand wieder sein Bild vor ihr, wie sie es gestern abend gesehen in dem dämmernden Lichtschein ihres Fensters.

Welche Torheit! Er war nicht gekommen, um mit liebendem Auge ihren Schatten zu eripähen; er hatte nachsehen wollen, ob sie daheim sei, wie es ehrbaren Mädchen ziemt! O, er war sehr besorgt um die Ehre seines Namens!

Sie preßte die Hände vor die Augen, so fest, daß sie Feuerfunken zu sehen vermeinte; aber mitten darinnen gaulste eine zierliche Mädchengestalt. Sie ließ die Arme wieder sinken — und schaute durchs Fenster. War sie überhaupt noch bei Sinnen? Durch die roten Flecke, die noch vor ihren Augen tanzten, leuchtete jenseits des Gitters die Purpurviole des herzoglichen Dien-

ners, und nun stürzte Fräulein Lindenmeyer bereits ins Zimmer: „Klaudine! Fräulein Klaudine, die Hoheiten!“

Mit schwankendem Schritt trat Klaudine vor den Spiegel, setzte das weiße Strohütchen auf, ließ sich von Fräulein Lindenmeyer den blaugefütterten Sonnenschirm in die Hand drücken und ging hinunter. Sie sah kaum, daß auf dem hohen Boß des sehr niedlichen zweifelhigen Wagens der Herzog in eigenster Person die Zügel hielt. Mechanisch beugte sie sich auf die Hand der Herzogin, deren zartes Gesicht vor Wonne über diese Spazierfahrt leuchtete.

„O, danke, danke, meine beste Klaudine, es geht mir vortrefflich!“ sagte sie mit ihrer matten besetzten Stimme, „wie soll es es auch anders sein? Dieses himmlische Wetter, dieser Tannenduft, der Herzog als Wagenlenker und — Sie mir zur Seite! Sagen Sie selbst, meine Beste!“

Man war stundenlang in den Wäldern umhergefahren; vor einer einsamen Mühle am raschenden Bach wurde haltgemacht und die Herzogin hatte von der jungen, ganz bestürzten Müllersfrau ein Glas kühler Milch erbeten, während der Herzog dem Diener die Zügel zuwarf und plauernd am Wagenschlag lehnte. Den ehrerbietig herzugeeilten Müller hatte er huldboll nach dem Gange des Geschäfts gefragt und ihn geheißt, der Frau Herzogin die drei Buben vorzustellen, die mit den kleinen Prinzen just in einem Alter standen, und die fürstliche Frau hatte die blonden sonnenverbrannten Kinder gefragt, was sie werden wollten, und auf die Antwort: „Soldaten!“ jedem für die Spartaße einen blanken Taler mit dem Bilde des Herzogs geschenkt. Dann war man weitergefahren, heimwärts; denn die Abendsonne begann durch das Tannengezweig zu leuchten.

Die Herzogin tat noch immer tausend Fragen; gewaltiam mußte Klaudine ihre wild davonplatternden Gedanken zusammennehmen. (Fortsetzung folgt.)

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar ist gestern plötzlich auf 32 169 M gestiegen, was gegenüber dem Dienstagkurs eine Erhöhung um über 10 000 M bedeutet. Der Schweizer Franken ist entsprechend von 3835 auf 5112 M gestiegen.

Die Gründe des gestrigen Marksturzes.

Berlin, 19. April. Die Dollarhauffe an der gestrigen Berliner Börse hat in politischen Kreisen eine gewisse Bewegung hervorgerufen. In den Wandelgängen des Reichstags war man allgemein der Auffassung, daß ein abschließendes Urteil über die politischen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Aufwärtsbewegung der Devisen sich erst dann ermöglichen, wenn man durch die weitere Entwicklung Klarheit darüber bekommen habe, ob es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung handele oder nicht. Auch das Reichskabinett soll sich, laut „Vossischer Zeitung“, gestern Abend mit den Vorgängen am Devisenmarkt beschäftigt haben. Die Blätter bestätigen die gestern von anderen Abendblättern ausgesprochene Ansicht, daß die Dollarhauffe auf eine veränderte Interventionstaktik der Reichsbank zurückzuführen ist. Da die Reichsbank wegen des in der letzten Zeit stark angeschwollenen Bedarfs an Devisen sehr tief in ihre Bestände habe eingreifen müssen, habe sie jetzt die Taktik dahin gewechselt, daß der Spekulation zunächst einmal freie Bahn gegeben werden solle, um der Spekulation dann Verluste zuzufügen, und ihr damit die Lust zu nehmen, neuerdings unvorsichtig vorzugehen. Die Blätter wiederholen daher die Warnung der gestrigen Abendzeitungen vor losposten Devisenaufkäufen und überstürzten Käufen von Waren, die dann später nach einem Eingreifen der Reichsbank eventuell nur mit großen Verlusten wieder abgelehrt werden könnten.

Berlin, 18. April. Die Dollarhauffe in der Börse wird von den Abendblättern auf die neue Taktik der Reichsbank zurückgeführt. In den letzten Tagen habe sich sowohl aus den Kreisen der Industrie und des Handels, als auch aus den Kreisen der Spekulation ein derartiger Ansturm auf Devisen entwickelt, daß sich die Reichsbank entschlossen habe,

die Wechselkurse eine Zeit lang sich selbst zu überlassen, um zu einem geeignet erscheinenden Augenblick wieder auf den Devisenmarkt eingreifen zu können. Die Reichsbank sei entschlossen, die Stützung der Mark fortzusetzen und habe immer noch Mittel und Wege genug dazu. Die Blätter warnen daher dringend vor kopflosen Käufen am Devisenmarkt.

Hagelversicherung.

Das Ernährungsministerium richtet einen Erlaß an das Polizeipräsidium Stuttgart, die Oberämter und Gemeindebehörden, worin es heißt: Schon ist der erste Hagelschlag in diesem Jahre gemeldet. Trotzdem zögern noch viele Landwirte mit dem Abschluß ihrer Hagelversicherung, und soweit sie sich bereits versichert haben, ist es vielfach zu ganz unzureichenden Sätzen gekommen. Versicherungen zu 20 000 M für ein Hektar Pflanzfrucht sind keine Seltenheit. Dabei beträgt unter Zugrundelegung des vorjährigen Durchschnittsertrags und des gegenwärtigen Weizenpreises der Wert des Ertrags von 1 Hektar Weizen weit über 1 Million. Daß unter diesen Umständen starke Hagelschläge, wie sie in den letzten Jahren über unser Land niedergegangen sind, für Landwirte, die sich derart ungenügend oder überhaupt nicht versichern, Verluste bringen werden, unter denen sie zusammenbrechen müssen, liegt auf der Hand. Auf Staatshilfe können sie, wie schon wiederholt erklärt worden ist, unter keinen Umständen rechnen, nachdem der Staat durch sein Abkommen mit der norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft den würt. Landwirten die Möglichkeit des Abschlusses von Versicherungen zu günstigen Bedingungen eröffnet hat. Das Polizeipräsidium Stuttgart, die Oberämter und Gemeindebehörden werden beauftragt, bei jedem sich bietenden Anlaß unmittelbar sowie durch Vermittlung der Presse und der örtlichen landw. Vereinigungen dafür einzutreten, daß die Landwirte sich gegen Hagelschäden versichern und zwar zu Beträgen, die einen wirklichen Schadenersatz gewährleisten.

Markte.

(S. B.) Stuttgart, 17. April. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 15 Ochsen, 20 Bullen, 140 Jungbullen, 126 Jungrinder, 174 Kühe, 519 Käl-

ber, 502 Schweine, 30 Schafe, 4 Ziegen. Unverkauft blieben: 2 Jungrinder, 7 Kühe, 1 Schwein. Erlös aus je 1 Pfd. Lebendgewicht: Dähnen 1. Qual. 2350—2550 (letzter Markt: 2300—2500), 2. Qual. 1650—2150 (1650—2150); Bullen 1. Qual. 1750—1900 (1750—1850), 2. Qual. 1500—1600 (1500—1650); Jungrinder 1. Qual. 2350—2550 (unver.), 2. Qual. 1900—2200 (unver.), 3. Qual. 1550—1750 (unver.); Kühe 1. Qual. 1600—1800 (unver.), 2. Qual. 1150—1450 (unver.), 3. Qual. 800—1000 (750—1000); Kälber 1. Qual. 2450—2550 (unver.), 2. Qual. 2200—2350 (2100 bis 2300), 3. Qual. 1800—2100 (1650—2000); Schweine 1. Qual. 2850—3000 (2850—2950), 2. Qual. 2600—2750 (2650—2750), 3. Qual. 2200—2400 (2100—2450) Markt. Verkauf des Marktes: mäßig belebt.

(S. B.) Ludwigsburg, 18. April. (Schweinemarkt.) Zufuhr: 19 Läufer und 126 Milchschweine, die alle verkauft wurden. Preis für ein Läuferflehne 225—320 000, für ein Milchschwein 120—180 000 M.

(S. B.) Ellwangen, 18. April. Der Viehmarkt war mit 55 Dähnen und Stieren, 89 Kühen und Kalbern, 140 Stück Jungvieh und 34 Kälbern, zusammen 320 Stück besetzt. Auf dem Markte waren sehr viele Händler anwesend. Es entwickelte sich ein äußerst lebhaftes Geschäft bei wieder gestiegenen Preisen, so daß in kurzer Zeit der ganze Markt geräumt war. Es wurden bezahlt: für 1 Paar Dähnen mit 24 Ztr. 8 Millionen, 26 Ztr. 7 600 000 M, 25 Ztr. 7,5 Mill., 1 Stier mit 476 Pfd. 714 000 M, 1 Paar Stiere mit 10 Ztr. 3 Mill., mit 15 Ztr. 3,2 Mill., 1 Rind mit 354 Pfund 531 000 M, eine trächtige Kuh 3 Mill. M.

(S. B.) Weidensfeld, 18. April. (Saatenmarkt.) Die Zufuhr war nicht sehr reichlich. Bezahlt wurde für Blauklee 4500, Rotklee 4—5000, Sparalette 800—1000, Wicken 4—5000 M per Pfund, je nach Güte. Durch die Käufer wurde der Markt rasch geräumt.

Die besten Kleinhändlerpreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der H. Celschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Kohlenbedarfsanmeldung.

Wer in Zeit vom 1. Mai 1923 bis 30. April 1924 Brennstoff für Hausbrand (Haushaltungen, einschließlich Behörden und Anstalten, für Landwirtschaft, sowie für Kleingewerbe mit weniger als 10 Tonnen Monatsbedarf) benötigt, hat seinen Bedarf sofort anzumelden und zwar:

a) die Einwohner der Stadt Calw bei einem Kohlenhändler, b) die übrigen Bezirksinsassen bei ihren (Stadt-) Schultheißenämtern.

Die Anmeldungen müssen bis spätestens 26. April ds. Js. erfolgt sein.

Die Kohlenhändler der Stadt Calw und der Bezirksgemeinden haben alsbald nach Abschluß der Anmeldungen eine alphabetisch geordnete Liste der Einzelbesteller der Bezirkshohlenstelle vorzulegen.

Bestellungen bei mehreren Händlern oder sonstigen Lieferanten sind unzulässig.

Eine Änderung an der bisherigen Hausbrandordnung für den Bezirk findet nicht statt. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß aus der Bezugspflicht herausgenommen sind: Rohbraunkohle, Zechen-, Gas- und Lesekohle, sowie die Abfallbrennstoffe aus Steinkohle. Von der Auslandskohle sind die Steinkohlen und Braunkohlen aus polnisch Oberschlesien und der Tschechoslowakei weiterhin bezugspflichtig.

Die Hausbrandordnung ist abgedruckt in Nr. 88 des Calwer Tagblattes, Jahrgang 1921, und es kann bei sämtlichen Gemeindebehörden in dieselbe Einsicht genommen werden.

Calw, den 18. April 1923.

Bezirkshohlenstelle:

Bögel, Amtmann.

Habe am Samstag, den 21. ds. Mts., einen Transport erstklassiger

Milch- und Läufer-Schweine

(Schwarzschäden) zu verkaufen. Liebhaber sind eingeladen. Paul Gehring, Schweinehändler, Gedingen.

Gie laufen

Lebensmittel

billig und gut bei

Fritz Freudenberger
Bahnhofstraße.

FreieBäckerinnung

Calw.

Das bestellte Salz kann bei Herrn Dreiß Marktplatz abgeholt werden.

Schulntlassenes Mädchen

bei guter Behandlung und Bezahlung für den Haushalt tagsüber a e l u c h t. Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Original „Kep.“
Dauertrocken-Elemente,
Taschenlampen-Batterien
nur la. erstklassig.
Elektrowerk
Gebr. Rilling A.-G.,
Dusslingen 48 Würt.
Vertreter gesucht.

Freie Schreiner-Innung.

Am Sonntag, den 22. April, mittags 2 Uhr, findet im Lokal

Versammlung

statt. Wegen wichtiger Tagesordnung wird vollzähliges Erscheinen unbedingt erwartet. Der Vorsitzende.

Landw. Consumverein Calw

e. G. m. u. H.
Am Sonntag, 29. April, mittags 3 Uhr, findet in der Restauration Weiß eine

General-Versammlung

statt. Tagesordnung: Statutenänderung, insbesondere Umwandlung in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Vorstand: Dettinger.

Weißes Leinenkleid, 1 Paar weiße Stiefel Größe 38—39 billig zu verkaufen oder gegen Lebensmittel einzutauschen. Näheres Lederstr. 1651.

Suche einen gesunden kräftigen Jungen,

welcher Lust hat, das Metzger-Gewerbe gründl. zu erlernen.

Näheres bei Paul Nonnenmann, Gothof zum „Waldhorn“, Hirsau.

Prima Wurstwaren

empfiehlt Fritz Freudenberger, Bahnhofstraße.

Eine sehr starke Schrot-Mühle

mit Rinschmierlager, Mehlkasten und Abräder, Steindurchmesser 300 mm verkauft billig.

Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Besuchsanzeigen und Karten erhalten Sie rasch in der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei Calw.

Wildberg.

Am Montag, den 23. April ds. Js. kommen in den Stadtwaldungen Lindhalde, Kengel, Dalding und Pfifferling zum Verkauf:

83 Stück Eichen: Kl. II. 3,76; Kl. III. 4,16; Kl. IV. 13,27; Kl. V. 12,81; Kl. VI. 3,22 Fm.

3 Stück Birken und 1 Stück Weißbuchen mit zusammen 0,55 Fm.

sowie 10 Stück eichene und 11 Stück birkene Wagner-Stangen

in durchaus schöner Ware und unter günstigen Abfuhrmöglichkeiten. Zusammenkunft vorm. 8 Uhr beim Bahnhof.

Stadtschultheißenamt.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 21. April 1923 stattfindenden

kirchl. Trauung

freundlichst einzuladen.

Friedrich Kalmbach, Sohn des + Johann Georg Kalmbach, Bauer hier,

Philippine Maissenbacher, Tochter des Friedrich Maissenbacher, Bauer, hier.

Kirchgang 12 Uhr in Javelstein.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Der geehrten Kundschaft von Calw und Umgebung zur gefl. Kenntnissnahme, daß ich mein Geschäft mit dem heutigen Tage unter der Firma

Ott & Rack

engros u. en detail

wiedereröffnet habe. Durch günstigen Einkauf und alten Lagerbestand sind wir in der Lage den weitestgehenden Ansprüchen unserer werten Kundschaft vollauf Rechnung zu tragen. Wirten und Wiederverkäufern bietet sich beste Gelegenheit, sich zu äußerst günstigen Preisen einzudecken.

Gewähr für Qualitätsware!!!

Zum Lagerbesuch (ohne Kaufzwang) laden ein

Lederstraße 113.
Fernsprecher 133.

Ott & Rack, Calw.